

und Israel ungelöst und unsanktioniert. Bei Pakistan ist es besonders bedauerlich, weil der Leiter des dortigen Nuklearprogramms trotz jahrelanger gegenteiliger Versicherung der Regierung dafür gesorgt hat, dass ein Schwarzmarkt entstanden ist. Daran waren auch asiatische und europäische Firmen beteiligt, die Wissen und Ausrüstung geliefert haben, mit denen man waffenfähiges Material herstellen kann.

Die drei letztgenannten Staaten haben den NVV nicht unterzeichnet.

Es sind die einzigen Staaten, die nicht Vertragspartei sind, und daher auch nicht in New York vertreten waren. Es gibt immer wieder den Ruf, diese drei De-Facto-Kernwaffenstaaten zu Vertragsparteien zu machen. Das Dilemma ist nur, wie: als Kernwaffenstaat oder als Nicht-Kernwaffenstaat? Der internationale Druck auf diese Staaten ist nicht sehr hoch.

Im Jahr 2000 haben sich die Unterzeichner auf 13 Schritte zur weiteren Abrüstung und Rüstungskontrolle verpflichtet. Was ist daraus geworden?

Das war einer der großen, oft wiederholten Kritikpunkte in New York. Zu den 13 konkreten Abrüstungsschritten gehören die Ratifikation und das schnelle Inkrafttreten des CTBT, die weitere nukleare strategische Abrüstung im Rahmen der START-Verträge, der Erhalt des ABM-Vertrags und anderes mehr. Nichts davon ist umgesetzt worden, und folglich klagen viele den Wes-

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NNV) trat 1970 in Kraft. Mittlerweile haben ihn 189 Staaten unterzeichnet. Er verpflichtet die Kernwaffenstaaten zu Abrüstung und im Gegenzug die anderen Staaten zum Verzicht auf Kernwaffen. Darüber hinaus regelt er die Zusammenarbeit der Vertragspartner bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Alle fünf Jahre finden Konferenzen zur Überprüfung des NNV statt.

ten an, mehr oder weniger von der Abrüstung abgerückt zu sein.

Was entgegnen die USA?

Die USA selbst haben bereits in der Vorphase der Konferenz gesagt, dass sie sich nicht mehr an die 13 Schritte halten wollen, weil sich die Sicherheitsbedingungen geändert haben, Stichwort: 11. September, die Gefahr des Nuklearterrorismus, der Schwarzmarkt. Dabei machen gerade diese Entwicklungen eine Stärkung der Rüstungskontrolle und nuklearen Sicherheit dringend erforderlich.

Wie wird es jetzt weitergehen?

Wenn auch die Frustration darüber sehr groß war, dass man in New York multilateral und dem UN-Konsensprinzip unterworfen nichts erreichen konnte, so stimmt mich doch zuversichtlich, dass kaum ein Staat wirklich bezweifelt hat, dass der Prozess weitergehen muss. Es wurden auch von der EU einige gute Ideen vorgeschlagen. Man muss die Öffentlichkeit weiter informieren, welche komplexen Sicherheitsprobleme einzelne Staaten haben

und dass die horrende Zerstörungskraft der Nuklearwaffen nichts zu einer Lösung beitragen kann. Dann kann man mittelfristig auch hoffen, dass die Kernwaffen in ihrem Wert wieder an Bedeutung verlieren. Außerdem müssen technische Analysen vorangetrieben werden in Bezug auf Verifikation, Vertragsinhaltung und die Transparenz der Nukleararsenale. Urananreicherung und Wiederaufarbeitung können nur unter strikter internationaler Kontrolle z. B. der IAEA betrieben werden. Die Proliferationsresistenz nuklearer Anlagen und die nukleare Sicherheit muss forciert werden. Bei einem UN-Gipfel von 170 Ländern im September könnten einzelne Staatschefs eigenständig versuchen, den Stillstand zu überwinden. Dazu gehören beispielsweise eine verstärkte Kampagne zur Ratifikation des CTBT, einseitige Verpflichtungen, keine neuen Nuklearwaffen zu entwickeln, genauere Berichte über das, was abgerüstet worden ist. Das sind kleine Maßnahmen, die aber darauf hin deuten könnten, dass mehr möglich ist, als im Augenblick sichtbar ist.

Welche Rolle könnte dabei die EU spielen?

Die anderen Kernwaffenstaaten könnten sich ein Beispiel an Präsident Putin nehmen, der erklärt hat, er wolle die vereinbarten 1700 Sprengköpfe, die bis 2012 in den strategischen Arsenalen übrig bleiben sollen, noch mal um 200 Sprengköpfe auf 1500 zu reduzieren. Hier gibt es offensichtlich noch erheblichen Spielraum. Wenn mehr Initiative gezeigt wird, werden längerfristig auch diejenigen, die in den USA abrüstungsresistent sind, wieder mitmachen. Positiv wurde auch die Rede von Außenminister Fischer aufgenommen, der eine alte Forderung der neutralen Staaten aufgegriffen hat, die verbliebenen taktischen Nuklearwaffen der NATO abzuziehen. Nach einem Abzug müsste man aber auch über die Vernichtung dieser Waffen in den USA und in Russland sprechen, die bislang völlig außerhalb der Rüstungskontrolle stehen. Diese Waffen sind, wie McNamara gesagt hat, gefährlich und in einem erweiterten Europa politisch sinnlos. Die NATO könnte den Weg ebnen, die taktischen Nuklearwaffen in Europa fünfzehn Jahre nach Ende des Ost-West-Konfliktes vollständig zu eliminieren. Dieser Schritt würde seine Wirkung weltweit nicht verfehlten.

Bei Einstein zu Besuch



Albert Einsteins Sommerhaus in Caputh, erbaut 1929 von dem Architekten Konrad Wachsmann, ist nach umfangreichen Instandsetzungsmaßnahmen nun wieder für die Öffentlichkeit zugänglich.^{*)} Zwischen 1929 und 1932 empfing Einstein hier zahlreiche Freunde und Kollegen aus aller Welt, darunter Max Planck, Rabindranath Tagore,

Käthe Kollwitz und Heinrich Mann. Die Renovierungsarbeiten mit Kosten in Höhe von 500 000 Euro, die Anfang 2004 begannen, waren durch die endgültige Klärung der Besitzverhältnisse im Jahr 2003 möglich geworden.^{*)} Das Haus soll auch in Zukunft ein Ort des wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Dialogs werden. (Foto: H. Bach)

^{#)} Informationen zu Öffnungszeiten und Eintrittspreisen finden sich unter www.einsteinforum.de/html_docs/einsteinhaus01.htm.

^{*)} vgl. D. Hoffmann, Physik Journal, April 2003, S. 12